

Nachtragshaushaltsgesetz 2008 beschlossen

Wir befinden uns in der **schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise**, die Deutschland, Europa und die Welt in den letzten 100 Jahren erlebt haben. Wie viele Banken weltweit ist auch die **Bayerische Landesbank von diesen katastrophalen Rahmenbedingungen massiv betroffen**.

Eine Stabilisierung der Bayerischen Landesbank ist ohne Alternative. Andernfalls wäre mit weitreichenden negativen Folgen für die Bank und die Gewährträger zu rechnen, was erheblichen volkswirtschaftlichen Schaden nach sich zöge. Die erforderlichen **Stützungsmaßnahmen** beziehen sich auf drei Aspekte: **Erstens** eine **Kapitalerhöhung in Höhe von zehn Milliarden Euro**, **zweitens** Liquiditätshilfen durch eine **Garantieübernahme des Bundes** in Höhe von **15 Milliarden Euro** und **drittens** die **Abschirmung des ABS-Portfolios** der Bank durch

eine **Garantie des Freistaats** in Höhe von **4,8 Milliarden Euro**.

Die Kapitalerhöhung sowie die Abschirmung schultert der **Freistaat** alleine und **stellt** damit die **Sparkassen von allen Lasten frei**. Damit stützen wir auch die bayerischen Kommunen und sichern die flächendeckende Versorgung unserer Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen mit Finanzdienstleistungen.

Dafür bedarf es aber jeweils haushaltsgesetzlicher Ermächtigungen, die im Rahmen des **Nachtragshaushaltsgesetzes 2008** am 16. Dezember mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen von CSU und FDP beschlossen wurden. Unser Ziel ist es, die für das Stützungsprogramm notwendigen Kredite aus Privatisierungserlösen im Zusammenhang mit der Neustrukturierung der Bayerischen Landesbank zurückzuführen.

Gemeinsam gegen Rechtsextremismus vorgehen

Am 13. Dezember wurde der **Passauer Polizeidirektor Alois Mannichl** vor seinem Wohnhaus niedergestochen

und schwer verletzt. Alle Indizien deuten darauf hin, dass es sich bei dem **brutalen Mordversuch** um einen

rechtsextremistisch motivierten Racheakt gegen einen Polizeibeamten handelt, der seit Jahren konsequent gegen rechtsextremistische Umtriebe und Gewalttaten vorgegangen ist.

In einer gemeinsamen **EntschlieÙung** aller im Landtag vertretenen Fraktionen hat der Landtag dem Opfer und seinen Angehörigen sein **Mitgefühl** ausgesprochen und betont, dass **Rechtsextremismus mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden muss**. Der Landtag hält es für dringend erforderlich, die bisherigen Anstrengungen zur Unterbindung rechtsextremistischer Aktivitäten zu verstärken. Dabei handelt es sich um eine **gesamtgesellschaftliche Aufgabe**. Deshalb sind nicht nur die staatlichen Sicherheitsbehörden gefordert, sondern es bedarf einer **gemeinsamen Anstrengung** von Eltern und Erziehern, Schulen und Universitäten, Jugend- und Sportverbänden, Presse,

Rundfunk und Fernsehen, Parteien und aller gesellschaftlichen, kirchlichen und sportlichen Organisationen.

Vor diesem Hintergrund soll, wie wir in der EntschlieÙung zum Ausdruck gebracht haben, bis spätestens 1. Februar 2009 ein **umfassendes Konzept** zur Verstärkung der bereits getroffenen Maßnahmen gegen rechtsextremistische Aktivitäten entwickelt werden, das **sowohl präventive als repressive Maßnahmen** umfasst. Dabei soll es insbesondere darum gehen, den Ausstieg von Mitgliedern rechtsextremistischer Organisationen gezielt zu unterstützen und zu begleiten und präventive Maßnahmen gegen rechtsextremistische Ideologien auszuweiten und auch stärker zu fördern. Schließlich ist es dem Landtag auch ein wichtiges Anliegen, die **Erfolgsaussichten eines erneuten NPD-Verbotsverfahrens sorgfältig zu prüfen**.

Steuerentlastung zur Konjunkturbelebung vorantreiben

In einem **Dringlichkeitsantrag** hat sich die CSU-Fraktion für **Steuerentlastungen zur Konjunkturbelebung** eingesetzt. Wir halten gerade auch in Zeiten weltwirtschaftlichen Abschwungs an unserem **Ziel „Mehr Netto für alle“** fest. Denn nur wenn wir den Bürgerinnen und Bürgern größere finanzielle Spielräume geben, wird es gelingen, Wachstum und Beschäftigung und damit den Wohlstand der Menschen in unserem Land zu stabilisieren.

In diesem Zusammenhang haben wir die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, die **negativen Effekte der „kalten Progression“** durch eine Erhöhung des Grundfreibetrags und eine Absenkung der Steuertarife zu **beseitigen** und so den Bürgerinnen und Bürgern **noch im Jahr 2009 eine spürbare Netto-Entlastung** zu gewähren.

Flexiblere Auslegung des EU-Beihilferahmens - auch für Wirtschaftszweige außerhalb des Finanzsektors

Staatliche Beihilfen dürfen von der EU-Kommission nach Maßgabe des Europarechts nur in eng begrenzten Ausnahmefällen genehmigt werden. Zur Bewältigung der Finanzkrise hat sie aber Leitlinien formuliert, mit denen **Mitgliedsstaaten dem Bankensektor kurzfristig finanzielle Zuwendungen gewähren dürfen**.

Da die Folgen der Finanzkrise nun **auch andere Branchen, wie z.B. die Automobilzulieferindustrie in Bayern** erreichen und dort Unternehmen in ihrer Existenz bedrohen, hat die CSU-Fraktion in einem **Dringlichkeitsan-**

trag gefordert, die **maßgeblichen Beihilferegungen der EU** entsprechend den Leitlinien für den Finanzsektor zu **flexibilisieren**. Konkret soll sich die Staatsregierung insbesondere dafür einsetzen, dass der Schwellenwert für Risikokapitalfinanzierungen auf zehn Millionen Euro angehoben wird und Unternehmen individuelle Finanzhilfen zur Rekapitalisierung oder Liquiditätssicherung gewährt werden können. Diese Änderungen sollen zunächst für zwölf Monate gelten, danach evaluiert und im Falle eines Andauerns der Finanz- und Wirtschaftskrise verlängert werden.

Versorgung der ländlichen Region mit Breitbandanschlüssen zügig voranbringen

In der **Koalitionsvereinbarung** von CSU und FDP heißt es: "Wir wollen die **schnelle Internetverbindung in unversorgten Gebieten innerhalb der nächsten drei Jahre sicherstellen**".

Da die europarechtlich notwendigen Genehmigungen für die vom Freistaat bereitgestellten Fördermittel in Höhe von 19 Millionen Euro inzwischen vorliegen, müssen Staatsregierung, Gemeinden und Anbieter jetzt alles daran setzen, **schnellstmöglich für jede Gemeinde eine maßgeschneiderte Lösung umzusetzen**. Der CSU-Fraktion ist es ein wichtiges Anliegen, **Verzögerungen im Verwaltungsvollzug unbedingt zu vermeiden**, zumal gera-

de unversorgte kleine und mittelständische Unternehmen sowie Selbständige angesichts der gegenwärtigen ungünstigen konjunkturellen Entwicklung besonders betroffen sind.

In einem **Dringlichkeitsantrag** haben wir deshalb gefordert, die Zugänglichkeit der Programme von Land und Bund, mit denen Finanzhilfen bereit gestellt werden, zu verbessern und mit Hilfe von weiteren regionalen Konferenzen Problemlösungen zu erarbeiten, die den jeweiligen regionalen Besonderheiten Rechnung tragen. Außerdem sollen sowohl in einzelnen Kommunen als auch auf interkommunaler

Ebene Modellversuche realisiert werden.

Schließlich ist es uns auch ein Anliegen, die Akzeptanz der Nutzung insbe-

sondere von **Funklösungen** durch noch gezieltere Information zu verstärken, um im Bedarfsfall auch eine sehr kurzfristige Verfügbarkeit verbesserter Internetzugänge zu gewährleisten.

Entlastung bei der Agrardieselbesteuerung

In einem **Dringlichkeitsantrag** hat sich die CSU-Fraktion für eine deutliche **Entlastung der Landwirtschaft bei der Agrardieselbesteuerung** ausgesprochen. So soll im Energiesteuer-gesetz insbesondere der **Selbstbehalt in Höhe von 350 Euro gestrichen** werden.

Damit wollen wir der im Jahr 2005 von der rot-grünen Bundesregierung eingeführten Ausweitung der Besteuerung des Agrardiesels entgegen treten, die zu einer Benachteiligung bayerischer Landwirte geführt hat. So haben allein in Bayern rund 55.000 kleinere landwirtschaftliche Betriebe infolge des

Selbstbehalts keinen Erstattungsanspruch mehr. Diese **Erblast aus rot-grünen Zeiten** wollen wir **rückgängig machen**.

Ein zentrales Anliegen ist es uns auch, die **Agrardieselbesteuerung europaweit zu harmonisieren**. Dies halten wir für notwendig, um die bestehenden Wettbewerbsverzerrungen zu verringern. Denn die durchschnittliche Besteuerung von Agrardiesel beträgt in Deutschland 40 Cent pro Liter, während etwa französische Mitbewerber nur rund 5 Cent an Steuern zu tragen haben.

Bei der Reform des EU-Pflanzenschutzrechts bayerische Bauern nicht benachteiligen

Derzeit plant die Europäische Union eine **Reform des EU-Pflanzenschutzrechts**, die eine **Reduzierung des Angebots von zulässigen Pflanzenschutzmitteln** zur Folge hätte, ohne dass damit ein wirklicher Nutzen für die Verbraucher verbunden wäre. Für die bayerischen Landwirte würde dies **er-**

hebliche Wettbewerbsnachteile bedeuten. Dies lehnt die CSU-Fraktion mit Nachdruck ab. Deshalb haben wir die Staatsregierung in einem Dringlichkeitsantrag aufgefordert, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit die geplante Reform so nicht realisiert wird.

Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber in München schließen

Die **Gemeinschaftsunterkünfte** für Asylbewerber **an der Rosenheimer Straße und an der Waldmeisterstraße in München** sind in einem **sehr schlechten Zustand**. Deshalb haben wir von der Staatsregierung in einem **Dringlichkeitsantrag** verlangt, die bei-

den genannten Containerunterkünfte **schnellstmöglich zu schließen** und die Bewohner anderweitig menschenwürdig und möglichst unterkunftsnah unter Wahrung ihrer sozialen Strukturen unterzubringen.